



Im Kakerbecker Dorfgemeinschaftshaus war jeder Stuhl besetzt: Das Interesse der Bürger an der Sanierung der Brüchauer Bohrschlammgrube steigt stetig. Sie wollen endlich Klarheit.



Die BI „Saubere Umwelt und Energie Altmark“ setzt sich dafür ein, Licht ins Dunkel der vielen Gutachten und Berichte über den „Silbersee“ und den offenen Fragen zu bringen. Fotos: Koerdt

„Silbersee“ vorsätzlich illegal betrieben?

Infoabend zur Brüchauer Deponie: BI wirft Augenwischerei vor / Betreiber wusste seit 2000 von kontaminiertem Wasser

Von Hanna Koerdt

Kakerbeck. Was wird beschönigt? Was verheimlicht? Wurde über Jahre hinweg illegal eingelagert? Und wieso wird eine Schließungsvariante in Erwägung gezogen, die ganz offensichtlich weder risikofrei noch nachhaltig ist? Die bisher vorliegende Datensammlung, die die Abdeckung der Brüchauer Bohrschlammgrube mit einer Plastikfolie stützt, ist „im besten Fall unvollständig und im schlimmsten Fall unseriös“, resümierte Kalbes Bürgermeister Karsten Ruth am Dienstagabend zum Abschluss einer „Silbersee“-Infoveranstaltung, die die Bürgerinitiative (BI) „Saubere Umwelt und Energie Altmark“ im Kakerbecker Dorfgemeinschaftshaus organisiert hatte.

Wie schon einige Wochen zuvor in den Kalbenser „Ratsstuben“ kamen mehr als 100 Interessierte und Einwohner aus Kalbe, Kakerbeck, Brüchau und den umliegenden Ortschaften sowie Gäste, darunter Stadtratsmitglieder aus Arendsee und Salzwedel, Kreis-Umweltamtsleiter Herbert Halbe und Landrat Michael Ziche zu der Veranstaltung.

Christfried Lenz von der BI erklärte den Anwesenden zunächst die bisherige Vorzugsvariante zur Schließung der Bohrschlammgrube: „Sie ist schön und sie beschönigt auch“, erklärte Lenz mit Blick auf eine Skizze des „Silbersees“ inklusive der favorisierten Abdeckung, die die Gegebenheiten stark schematisiert darstellt. Er wies dann auf Unstimmigkeiten in dem Abschlussbericht hin, den der von der „Silbersee“-Betreiberfirma GdF Suez (heute ENGIE) beauftragte Dienstleister GICON angefertigt hatte. Diesen Bericht hatten sich im Juli in Magdeburg unter anderem Vertreter der Betreiberfirma, der Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF), des Landesamtes für Geologie und Bergwesen (LAGB), Herbert Halbe, Kerstin Schulz vom Kalbenser Bauamt sowie Kakerbecks Ortsbürgermeister Ulf Kamith gemeinsam angesehen. So machte Lenz darauf aufmerksam, dass in dem Bericht ein „nachhaltiger und ausreichender Schutz...“ gewährleistet werden soll – man wolle mit „ausreichend“ also nur die minimalen Anforderungen der Gesetzesvorgaben erfüllen, monierte Christfried



Landrat Michael Ziche: „Wir sind seit 2012 da dran. Wir machen Druck, ohne Ende Druck.“

Lenz. Auch sei von der Schaffung eines „möglichst nachsorgefreien Naturraumes“ die Rede, jedoch nicht von einem tatsächlich nachsorgefreien Naturraum, der außerdem bei besagter Schließungsvariante für immer eingezäunt bleiben müsste. Tatsächlich handele es sich auch „nie und nimmer um einen Naturraum“, so Lenz. Beispielsweise geht aus einem „Sicherungs- und Sanierungskonzept für die OTD Brüchau“ des Labors für Geoanalytik aus dem Jahr 1993 hervor, dass sich bestimmte Tierarten, die ihren Bau unter der Erde haben, nicht ansiedeln dürften, genauso wie keine Gehölzarten wachsen dürften, die Wurzeln schlagen.

Kenntnisdefizit: Wie setzt sich Abfall ab?

Besonders brisant: Was die Eigenschaften des Abfallkörpers angehe, beispielsweise dessen Zusammensetzung oder Mächtigkeit, so bestünden Kenntnisdefizite, was im Bericht auch zugegeben wird. Die Einschätzung der Risiken durch eine Setzung des Abfallkörpers sei daher mit Unsicherheiten verbunden. „Die Brisanz eines Setzungsrisikos, das verschweigen sie hier“, so Lenz, der dann erklärte, dass der Bereich des Schlammes sich stärker setzen werde, als

die anderen festen Bereiche und dabei Spannungen auf der Kunststoffabdichtungsbahn entstünden, die sie auch zum Reißen bringen würden. Setzungen und Schäden an der Abdichtung tatsächlich zu kontrollieren, sei technisch unmöglich, da der Einsatz von Setzungspegeln selbst zu Schäden führen würde.

Die zentrale Problematik der Vorzugsvariante wird von der GICON ganz klar formuliert: Um den Schutz durch die Oberflächenabdeckung tatsächlich zu gewährleisten, sei „zunächst der Deponiekörper in seiner Funktion als ‚Baugrund‘ so zu ertüchtigen, dass ein dauerhaft standsicheres Gesamtsystem errichtet werden kann“. Zieht man dies in Betracht, wie auch das Nachsorge monitoring an der Bohrschlammgrube des Grundwassers, des Deponiegases und der eventuellen Setzungsschäden, ergibt sich ein anderer Kostenumfang als der, der für die bisherige Vorzugsvariante kalkuliert worden ist, machte Lenz aufmerksam. Die Abdeckung der Deponie wurde mit einem Kostenumfang von über 3,5 Millionen Euro berechnet. Die technisch aufwändigste, dafür aber auch nachsorgefreie und wohl auch risikofreieste Variante, nämlich eine Beseitigung des gesamten Abfallkörpers, liegt fi-



Dr. Uwe Baumbach erklärte, dass die GdF Suez seit 2000 wusste, dass die Grube nach unten nicht dicht ist.

nanziell eindeutig höher: Sie würde über 20 Millionen Euro kosten. Was vielen sauer aufstößt: Das Land Sachsen-Anhalt trägt für die Sanierung des „Silbersees“ 90 Prozent der Kosten, die Betreiberfirma lediglich zehn Prozent. Möglich geworden ist dies durch die Freistellungsregelung von Altlasten, welche 1990 im Umweltschutzgesetz verankert wurde, um Investoren nicht zu verschrecken. Denn viele Industrie- und Gewerbestandorte in den Neuen Bundesländern wiesen nach der Wende eine Kontamination auf. Dass man an diesen Verträgen und Regelungen wohl nicht vorbei käme, erklärte Kreis-Umweltamtsleiter Herbert Halbe.

Deponiebetrieb als illegal eingeschätzt

Als „Kaffeersatzleserei“ betitelte Ruth Pöttering, Geschäftsführerin der Kakerbecker Firma „Platal Mobilsysteme GmbH“, den vorgestellten Bericht: „Meiner Meinung nach gibt es da noch ganz viel Aufklärungsbedarf. Für uns ist es wichtig, dass diese Region sauber bleibt, weil wir keine Mitarbeiter bekommen, wenn man weiß, dass hier irgendwo Gift vergraben ist.“ Bernd Ebeling, Ingenieur für Wasserwirtschaft, thematisierte dann die vielen eingelagerten Gift-

stoffe, darunter radioaktives Radium, Chloride, Säuren (zum Beispiel Salzsäure) und Quecksilber,

und führte an, dass viele Messwerte an den Grundwasser-Kontrollbrunnen überschritten wurden. Seit 1992 sei bekannt, dass das Grundwasser von aus der Grube austretenden Stoffen beeinflusst sei: Damals hätte man schon eine Grundwasser-sanierung machen müssen, so der Wasser-ingenieur: „Gaz de France, die wissen genau, was da drin ist“, so Ebeling, der dann forderte, dass die-

se Zahlen endlich „auf den Tisch kommen“.

Es gibt ein Gutachten aus dem Jahr 2000, aus dem eindeutig hervorgeht, dass das Grundwasser durch bergbauliche Stoffe kontaminiert ist, meldete sich auch Dr. Uwe Baumbach, ehemaliger Gutachter der GdF Suez, zu Wort. Laut ihm würden außerdem 960 Tonnen Quecksilber im „Silbersee“ lagern



Kreis-Umweltamtsleiter Herbert Halbe: Lange für Schließung gekämpft.

und nicht, wie bisher von der Öffentlichkeit angenommen, 250 Tonnen. Die „schützende“ Mergelschicht umschrieb er als „löchrigen Käse“: „Das haben die verantwortlichen Leute alle gewusst und das mindestens seit dem Jahr 2000“, so Baumbach, der den Verantwortlichen, die die Deponie trotzdem bis 2012 weiter geführt hatten oder hatten lassen, „Vorsatz“ vorwarf. Die Bürger teilen die Meinung offenbar – so ertönte aus der

Menge der Zuschauer der Vorwurf: „Das ist doch Körperverletzung.“ Auch Bernd Ebeling schätzte ein, dass die Giftmüllgrube spätestens seit dem Inkrafttreten der Grundwasser-verordnung (1997) illegal war.

Das Argument des LAGB-Präsidenten Kurt Schnieber, der bei der vergangenen Infoveranstaltung in Kalbe angeführt hatte, dass es in der Nähe der Deponie keine Trinkwasserbrunnen gebe, beruhigt die Bürger nicht. Viele befürchten, dass das Wasser ihrer Hausbrunnen verunreinigt ist, mit dem nicht nur Gärten und Nutzpflanzen bewässert werden, sondern das auch Vieh zu trinken gegeben wird. „Könnte man nicht eine Liste der zu untersuchenden Stoffe anfertigen?“, fragte Martina Huhn, die ihren Hof in Brüchau verkaufen möchte und das Wasser ihres Brunnens gerne untersuchen lassen würde. Bernd Ebeling riet ihr im ersten Schritt zur Untersuchung des Strontium-, Lithium-, Bor-, sowie Chloridgehaltes.

Dass man eine kostenunabhängige sowie dauerhafte und zuverlässige Lösung anstrebe, betonten Karsten Ruth und Michael Ziche bei der Veranstaltung gleichermaßen: Die jetzige Form, in der die Deponie existiere „ist inakzeptabel“, so Ziche. Einen Abschlussbericht gebe es letztlich nicht, da dieser eben wegen all der Unsicherheiten zurückgewiesen wurde.

Herbert Halbe betonte, dass man seitens des Umweltamtes auch viele Jahre dafür gekämpft habe, überhaupt eine Schließung herbeizuführen und eine ordentliche Sanierung der nächste Schritt sei. „Wir sind seit 2012 da dran. Wir machen Druck, ohne Ende Druck“, erklärte Michael Ziche.

Dafür müsse man nun auch gemeinsam stehen und kämpfen, richtete sich der Landrat an die Bürger.